

Kurzinformationen

von Jorge Scholz

Junejo gestorben

Der amtierende Präsident der Regierungspartei 'Pakistan Muslim League' (PML), Mohammad Khan Junejo, ist kürzlich in den USA an Blutkrebs gestorben. Junejo war in den Jahren 1986 bis 1988 unter dem Diktator Zia ul Haq bis zu dessen Tod Premierminister und galt auch nach seinem freiwilligen Rücktritt als Chef der größten und traditionsreichsten Partei Pakistans als einflußreicher Politiker.

Rekordinflation

Einer vom pakistanischen 'Institute on Policy Studies' veröffentlichte Untersuchung zufolge, beträgt die Inflationsrate in Pakistan gegenwärtig 20,6 Prozent. Damit hat sich das Tempo der Geldentwertung innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt und erreicht eine für die Wirtschaftsgeschichte des Landes neue Rekordmarke. Kritiker des vorübergehend entlassenen Premierministers machen vor allem die marktwirtschaftlich orientierte Privatisierungspolitik von Nawaz Sharif für die galoppierende Inflation verantwortlich, die das anvisierte sechsprozentige Wirtschaftswachstum inzwischen zu annullieren droht. Allerdings wirken sich auch die massiven Ernteverluste durch die Flutkatastrophe im vergangenen Herbst preistreibend auf landwirtschaftliche Produkte aus. Die aus dem gleichen Grund gesunkenen Erlöse aus dem Export von Baumwolle und Textilien und der nötig gewordene Import von Reis belasten die Handelsbilanz schwer.

Prominenter Politiker ermordet

Der soeben von seinem Amt als Vorsitzender der in mehrere verfeindete Fraktionen gespaltenen sindhischen Partei 'Mohajir Quaumi Movement' (MQM) zurückgetretene Politiker Azim Tariq ist am 1. Mai wenige Tage vor den mit Spannung erwarteten Nachwahlen in seinem Haus in Karachi erschossen worden. Die Attentäter werden unter den Anhängern des im Londonder Exil lebenden Ex-Parteichefs Altaf Hussain vermutet, der mit Tariq um die Macht in der aus den Parla-

mentswahlen von 1990 als drittstärkste politische Kraft Pakistans hervorgegangenen Partei kämpfte. Die MQM feierte ab Mitte der achtziger Jahre in der südpakistanischen Provinz Sindh als politische Interessenvertretung der Mohajirs, einer nach der Teilung des Subkontinents aus Indien eingewanderten, sozial benachteiligten ethnischen Minderheit, stürmische Erfolge. Noch im letzten Jahr stellte sie als Koalitionspartnerin der Regierung von Nawaz Sharif zwei Bundesminister und die Hälfte des sindhischen Provinzkabinetts. Da der straff organisierten Partei die Beteiligung an Drogen- und Waffengeschäften sowie Folter und Morde an politischen Gegnern nachgewiesen werden konnte, wurde sie während der 'Operation Clean-up' genannten letztjährigen Militärintervention im Sindh weitgehend zerschlagen.

Geheimdienstchefs entlassen

Generalleutnant Javed Nasir, seit 13 Monaten Chef des mächtigen militärischen Geheimdienstes ISI ('Inter-Services Intelligence'), ist von Präsident Ghulam Ishaq Khan entlassen worden. Er galt als Vertrauensmann von Nawaz Sharif. Nachfolger im Amt wurde Generalleutnant Javed Ashraf. Auch der Chef des zivilen und innenpolitisch orientierten Geheimdienstes IB ('Intelligence Bureau'), Imtiaz Ahmed, mußte vorzeitig seinen Posten räumen. Während Nawaz Sharif nach seinem Comeback den meisten der mit ihm entlassenen Spitzenbürokraten wieder zu ihren früheren Stellungen verhalf, scheint er im Falle der beiden Geheimdienstchefs an den Personalentscheidungen des Präsidenten festzuhalten.

Provinzparlamente in NWFP und Punjab aufgelöst

Der wochenlange Kampf um die Macht in Islamabad hat mit einiger Verspätung auch in den Provinzparlamenten die schon seit geraumer Zeit fragilen Regierungskoalitionen endgültig auseinanderbrechen lassen. Die Gouverneure der Provinzen Punjab und NWFP (North-West-Frontier-Provinz) lösten daraufhin Ende Mai auf Bitten der jeweiligen Ministerpräsidenten die

Landesparlamente auf und beriefen bis auf auf weiteres Übergangsregierungen mit den bisherigen Landesfürsten an der Spitze. Nur mit diesem Griff in die politische Trickkiste konnten die Regierenden vorläufig einer drohenden Absetzung durch sich anbahnende Mißtrauensvoten der Opposition entkommen. Der amtierende punjabische Chefminister Manzoor Ahmad Wattoo war erst am 25. April mit einem erfolgreichen Mißtrauensvotum an seinen Posten gekommen, als er per Palastintrige seinen Vorgänger, Parteifreund und Sharif-Gefolgsmann Ghulam Haider Wyne stürzte.

Auch der NWFP-Regierungschef Afzal Khan hatte sich nach der Entmachtung der Bundesregierung auf die Seite des Präsidenten geschlagen und damit den Zorn der Sharif-Getreuen unter seinen Koalitionspartnern auf sich gezogen, die seit der Rehabilitation des Premierministers wie in den anderen Provinzen auch den Verbündeten des Staatsoberhauptes den Kampf angesagt haben. Die durch die Auflösung der beiden Länderkammern vorerst gestoppte Opposition sieht in diesem Akt einen Verstoß gegen die Verfassung und hat entsprechend bei den zuständigen Landesgerichtshöfen in Peshawar und Lahore Klage eingereicht, so daß auch in diesen Fällen die Justiz den Streit der Politiker entscheiden kann.

Neue Regierung in Balutschistan

Die Spaltung der Sharif-Partei PML im Gefolge der Entlassung des Premierministers hat auch in Balutschistan zum Auseinanderbrechen der Regierungskoalition geführt, so daß sich Ministerpräsident Taj Jamali mangels Mehrheit zum Rücktritt gezwungen sah. Zum Nachfolger im Amt wurde Nawab Zulfiqar Ali Magsi gewählt.

Deutscher Drogenfahnder entführt

Während einer Dienstreise in der südwestpakistanischen Provinz Balutschistan wurde der deutsche Drogenfahnder Stefan Ehlert zusammen mit einem niederländischen und einem britischen Kollegen im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet entführt. Erst nach dreiwö-

chigen zähen Verhandlungen wurden die Kriminalbeamten von ihren Entführern in Drogen- und Waffengeschäfte verwickelte Angehörige der beiderseits der Grenze siedelnden Noorzai-Paschtunen wieder freigelassen. Botschaftskreise bestätigten Meldungen, wonach ein regional bekannter Noorzai-Stammeschef mit der Entführung der drei Europäer die Freilassung von zwei wegen Waffenbesitzes in einem pakistanischen Gefängnis einsitzenden Familienangehörigen erpressen wollte. Die Bemühungen der Unterhändler der drei betroffenen europäischen Botschaften um Leben und Freiheit der drei Diplomaten erwiesen sich aufgrund der in dieser instabilen und politisch sensiblen Grenzregion üblichen komplizierten und sich überlagernden Machtinteressen und Rivalitäten der oftmals in Personalunion als Stammesführer, Groß-

grundbesitzer, Mujaheddinkommandeure, Drogenbosse und Politiker aktiven lokalen Potentaten als äußerst schwierig. Auch der jetzt als Drahtzieher der Entführung angesehene Ghulam Nabi Noorzai gilt als eine dieser schillernden Persönlichkeiten im pakistanisch-afghanischen Interessendickicht. Seine bedeutende Rolle als Opium- und Heroinproduzent ist unter internationalen Drogenexperten unbestritten.

Innen- und außenpolitisch brisant macht den Fall jedoch die Funktion des bei seinen Gefolgsleuten allmächtigen Stammesführers als Politiker: Aufgrund seiner gewinnträchtigen Drogengeschäfte gilt Ghulam Nabi Noorzai als zahlungskräftiger und gut bewaffneter Kommandeur der 'Hezb-e-Islami', der Partei des designierten afghanischen Premierministers Gulbuddin Hekmatyar. Der nach dem Sieg der Mujaheddin in

Kabul vom fundamentalistischen Islamisten zum radikalen Nationalisten konvertierte Hekmatyar wiederum wird von der Zentralregierung in Islamabad inzwischen als mögliche Identifikationsfigur der zwölf Millionen in Pakistan lebenden, und nach Autonomie strebenden Paschtunen gefürchtet und politisch bekämpft.

Auch in der Provinz Balutschistan, wo ein oft genug auch mit Waffen ausgetragener Dauerkonflikt zwischen der von Balutschen dominierten Landesregierung und der aufständigen paschtunischen Minderheit besteht, ist diese ethnisch begründete politische Konstellation von überragender Bedeutung.

Der deutsche Drogenfahnder Ehler ist einer von insgesamt 32 Beamten des BKA, die gegenwärtig im Ausland zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels im Einsatz sind.

Pakistan und Indien im Wortgefecht

von R. Senthilnathan

Wien, im Juli 1993: Indien und Pakistan, trotz vieler Annäherungsversuche immer noch 'Erzfeinde' in Südasien, führten auf der Wiener Menschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen einen Kleinkrieg mit Worten gegeneinander. Anschuldigungen und Gegenansuldigungen wurden durch das 'Austria Kongreßzentrum' geschleudert und damit auch UN Richtlinien verletzt die es anlässlich der Konferenz verbieten, spezielle Vorkommnisse in einem Land zu thematisieren.

Das Wortgefecht entzündete sich an Äußerungen von Nusrat Bhutto, Delegationsleiterin Pakistans. In ihrer Rede klagte die Mutter von Benazir Bhutto Indien an, es sei "für eine brutale Kampagne der Unterdrückung" verantwortlich. Unter den Protesten der indischen Regierung führte sie fort, daß seit Januar 1990 mindestens 30.000 Menschenleben dadurch ausgelöscht worden seien. Weiter habe Pakistan Grund zur Annahme, Indien plane neue Militäroperationen in Kashmir, "vielleicht bereits im Anschluß an diese Konferenz, um die Endlösung zu erreichen".

Obwohl anzunehmen war, daß trotz der UN Richtlinien das Thema Kashmir zur Sprache kommen würde, hatte man von indischer Seite wohl kaum mit einer solchen Breitseite Pakistans gerechnet. Dies umso weniger, als Pakistan in Zusammenhang mit der Kashmirfrage derzeit einer schlechten Situation gegenübersteht, weil selbst die USA in diesem Streit die indische Position zu übernehmen scheinen.

Der angesichts der schweren Vorwürfe aufgebrachte Finanzminister Manmohan Singh, Delegationsleiter der indischen Gesandten, verkündete im Anschluß an die Anschuldigungen vor der Presse, die Probleme in Kashmir seien ausschließlich die Schuld Pakistans. In einer weiteren Pressekonferenz, die bereits zuvor stattgefunden hatte, betonte Singh, der "vom Ausland geschürte und finanzierte Terrorismus" verletze die fundamentalen Rechte von 780 Millionen Indern. Dies war ein klarer Fingerzeig an die Adresse Pakistans, das von Indien für die Unterstützung von kashmirischen und punjabischen Sektionisten verantwortlich gemacht wird.

Aber die peinlichen Vorwürfe waren hiermit nicht beendet. Zu jeder sich bietenden Gelegenheit wurde von pakistanischen Diplomaten die Lage in Kashmir zur Sprache gebracht, wobei sie es vorzogen, über die Lage im von Indien kontrollierten Teil zu sprechen und nicht über das Gebiet, über das Pakistan die Kontrolle ausübt. Weil Pakistan derzeit auch den Vorsitz in der 'Organisation of Islamic Conference' (OIC) hat, bot sich den Diplomaten des Landes ausreichend Gelegenheit zur Lobbyarbeit. In einer abschließenden Presseerklärung der pakistanischen Delegation hieß es nochmals scharf, Pakistan werde angesichts der Entwicklungen im Kashmiral nicht einfach nur tatenlos zusehen.

Indien, seinerseits auf Schadensbegrenzung bedacht, warf Pakistan Zahlenspielerei bezüglich der Opfer des Konfliktes vor. Vor zwei Monaten, so eine Erklärung Indiens, habe der zum Zeitpunkt agierende Übergangspräsident Mir Balakh Sher Mazari noch behauptet, daß 10.000 Kashmiris getötet worden seien. Und in anderen Erklärung Pakistans sei die Zahl der Opfer mit 20.000, 50.000 und sogar 100.000 angegeben worden. "Diese Diskrepanz in den offiziellen Erklärungen Pakistans sind doch wohl der Beweis dafür, wie wenig man diesen Aussagen glauben kann", führt die Erklärung Indiens fort.

Während noch auf offizieller Ebene um Zahlen gestritten wurde, waren zwei Stockwerke tiefer zahlreiche nicht-staatliche Organisationen (NGOs) aus dem Punjab und Kashmir dabei, ihrerseits Lobbyarbeit zu betreiben. Sie waren aus Indien, den USA, England, Kanada und Dänemark angereist. Einige von ihnen, wie der in England ansässige 'Sikh Human Rights Group' (SHRG), war offensichtlich auf Druck Indiens von der Konferenzleitung mitgeteilt worden, sie seien als Teilnehmer an der Konferenz nicht erwünscht. Später wurde der SHRG dann mitgeteilt, sie können als NGO teilnehmen.

(Übersetzung: Walter Keller)